

Den Frauen ihr Recht



4/5 Die Arbeit der „Anderen“

8 Des Pudels Kern

10 Zweimal Minus ist kein Plus

12 Gesellschaftsspiel „Kostenschieben“

18 Überschaubarer Ertrag

20 Armut weiter im Vormarsch

Zum Internationalen Frauentag 2011

Am 19. März 1911, vor hundert Jahren, fand in Wien die erste große Demonstration für die Rechte von Frauen statt. Viele Themen von damals – Frauenwahlrecht, Arbeitsschutzgesetze, Mutterschutz, Achtstundentag, Sozialversicherung, Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs – wurden in der Folge durchgesetzt. Andere hingegen, etwa gleicher Lohn für gleiche Arbeit, warten bis heute auf ihre Verwirklichung.

Zitate die alles sagen...

Ich hab ihr das gesagt, es steht bereits in der Bibel geschrieben: Wenn sie etwas nicht weiß, soll sie nach Hause gehen und ihren Mann fragen. Landtagspräsident Walter Prior (SPÖ, Burgenland) zur Einforderung der Frauenquote durch die Grün-Abgeordnete Grete Krojer, Der Standard, 9.3.2010

Mit Kindern hätte ich das alles nicht geschafft. Siemens-Vorstandsdirektorin Brigitte Ederer (SPÖ), Kurier, 23.1.2011

Die fünf am schnellsten aufstrebenden Berufe sind weibliche Berufe, wie psychologische Betreuung und Altenpflege. Männer werden immer entbehrlicher. Matthias Horx, zeitgeistig-neoliberaler Trendforscher

Ich freue mich unglaublich, wenn mir meine Frau um zehn Uhr abends noch eine frische Brennesselsuppe machen kann und sie nicht abgehetzt und müde ist. LH Gerhard Dörfler (FPK, Kärnten), Der Standard, 9.3.2010

Impressum:

Herausgeber: Josef Stingl

Verleger: Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB).

Redaktion: Leo Furtlehner, Franz Grün, Roman Gutsch, Oliver Jonischkeit, Anita Kainz, Susanna Lindner, Lilian Stadler

MitarbeiterInnen dieser Nummer: Karin Antlangner, Werner Beier, Heike Fischer, Leo Furtlehner, Gerlinde Grün, Lutz Holzinger, Anita Kainz, Ursula Lang, Bärbel Mende-Danneberg, Lilian Stadler, Josef Stingl, Alexandra Weiss, Sabine Wils

Fotos: GLB-Archiv, Foto ip, Bettina Frenzel

Cartoon: Karl Berger

Lektorat: Anita Kainz, Susanna Lindner

Grafik, Satz und Layout: Franz Grün

Druck: Wilhelm Bzoch GmbH, Druck und Verlag, Kupferschmiedgasse 7, 2201 Hagenbrunn

Redaktionsadresse: Redaktion „Die Arbeit“, 1110 Wien, Hugog. 8

Mail: office@glb.at, Web: www.glb.at

ZVR-Nummer: 783265801

Bestellungen: Schriftlich an den GLB im ÖGB (Adresse siehe rechts). Bei Zuschriften an die Redaktion Absender angeben. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion oder des Gewerkschaftlichen Linksblock übereinstimmen.

Einzelpreis: 1 Euro. Im GLB-Mitgliedsbeitrag ist das Abo inkludiert. Das Redaktionsteam arbeitet ehrenamtlich, Druck und Versand kosten jedoch Geld. Spenden sind willkommen!

Bankverbindung: BAWAG 03410 665 190 (BLZ 14.000)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 31. Jänner 2011

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 4. April 2011 mit Schwerpunkt: **Sozialstaat**

LeserInnenbriefe sind willkommen! (Kürzung vorbehalten)

Kontakt

GLB-Bundesleitung

Hugogasse 8, 1110 Wien,
+43 664 6145012, office@glb.at,
www.glb.at

GLB-ÖGB

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
+ 43 53444 39491 oder 39490
oliver.jonischkeit@oegb.at

GLB-GdG

Elterleinplatz 6/2. Stock, 1170 Wien,
+43 1 4076 936, glb-gemeinde@inode.at
www.glb-gemeinde.at

GLB-PRO-GE

siehe GLB-ÖGB, +43 316 712436

GLB-GPA-DJP

siehe GLB-ÖGB, +43 664 6145012

GLB-GPF

siehe GLB-ÖGB, +43 664 4653383,
roho64@aon.at

GLB-vida

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
+ 43 664 6145713
franz.gruen@vida.at, www.glbvida.at

GLB-Kärnten

Ludwig-Walter-Straße 29, 9500 Villach,
+43 4242 31091, glb@kpoe-villach.at

GLB-Niederösterreich

Andreas Hofer-Straße 4, 3100 St. Pölten,
+43 2742 71074 0, lipress@aon.at

GLB-Oberösterreich

Melicharstraße 8, 4020 Linz,
+43 732 652156, glb@gmx.org

GLB-Salzburg

Elisabethstraße 11, 5020 Salzburg,
+43 662 872244, glb.salzburg@aon.at

GLB-Steiermark

Lagergasse 98a, 8021 Graz,
+43 316 712436, glb.stmk@kpoe,
www.glb-steiermark.at

GLB-Tirol

Gumpstraße 36, 6020 Innsbruck,
+43 6606882875,
glb@imzoom.info

GLB-Vorarlberg

p.A. Roland Schmid, Achsiedlungsstraße
33, 6900 Bregenz,
+43 676 4976338,
glb.vorarlberg@vol.at

GLB-Wien

siehe GLB-ÖGB, +43 664 6145012

Inhalt**Seite**

Die Arbeit der „Anderen“	4/5
Frauen, gemeinsam verändern wir die Welt und uns selbst	6
100 Jahre und kein bißchen weiter	7
Des Pudels Kern	8
Solidarität für soziale Rechte	9
Zweimal Minus ist kein Plus	10
Desaster um Mindestsicherung	11
Gesellschaftsspiel „Kostenschieben“	12/13
Gute Arbeit, gutes Leben	14
Frei und willig, vor allem billig	15
Mut kann man sich nicht kaufen	16
Solidarität mit „Free the Five“	17
„Überschaubarer Ertrag“	18
Die EU als „Austeritätsunion“	19
Armut weiter im Vormarsch	20
Unternehmen am Pranger	21
Schöne neue Westbahnwelt	21
Privatkonkurs in Österreich	22

Offenlegung laut § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) ist der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB). Der GLB ist Teil des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) und bekennt sich zur Hauptresolution des 1. Bundeskongresses des ÖGB. Der GLB ist ein Verein. Vorstandsmitglieder sind Josef Stingl (Vorsitzender), Mag. Karin Antlanger, Werner Beier, Barbara Buchacher-Kundi (Stellvertretende Vorsitzende), Oliver Jonischkeit (Sekretär), Anita Kainz (Schriftführerin) und Inge Broz (Kassierin). Die Blattlinie entspricht den Grundsätzen des GLB.

Editorial

*Von Josef Stingl
Koch*

*BR Lamerer Stuben Innsbruck
Bundesvorsitzender des GLB*

Leider kein Faschingscherz

8. März, Internationaler Frauentag – heuer gehen die Frauen übrigens zum hundertsten Male für ihre Rechte auf die Straße. Zufällig fällt dieser Jubilars-Frauenkampftag mit dem letzten Tag der NärrInnenzeit, dem Faschingsdienstag, zusammen.

Anlässlich dieser „historischen Gemeinsamkeit“ haben sich unsere ParlamentarierInnen zu einer richtungsweisenden Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes entschlossen. Immerhin soll es – bis spätestens zum Sankt-Nimmerleinstag – soweit sein, dass auf der „seligen Insel Österreich“ Frauen für ihre Arbeitsleistung genauso viel bekommen wie ihre männlichen Kollegen. Derzeit müssen sie ja noch für das durchschnittliche Jahreseinkommen ihrer männlichen Inselbewohner ein Jahr und 70 Tage buggeln. EU-weit bedeutet das vorletzter Platz, nur in Estland sind die Frauen noch schlechter gestellt als in Österreich.

In Zukunft müssen also größere Firmen die durchschnittlichen Einkommen geschlechtergetrennt betriebsintern veröffentlichen. Tun sie es nicht, dann müssen sie aber keine – wirtschaftsschädlichen (!?) – Strafsanktionen befürchten. Für Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) nicht sonderlich tragisch, geht sie ja davon aus, dass sich jeder Betrieb daran halten wird, um sich schlechte Öffentlichkeit zu ersparen.

Welche Öffentlichkeit? Die Betroffenen dürfen sich zwar jetzt über ihren Betriebsrat (sofern es einen gibt), bei ihrer Gewerkschaft (sofern sie Mitglied sind) oder bei ihrer Arbeiterkammer beschweren, aber an die Öffentlichkeit wenden, das dürfen sie sich nicht! Tun sie es trotzdem werden Sie „etwas anders gleichbehandelt“ als ihr Unternehmensgegenüber – sie müssen von ihrem diskriminierenden Einkommen noch eine Strafe von 360 Euro abgeben!

Was dazu die Frauenministerin denkt, hat sie nicht verraten. Aber wahrscheinlich wartet sie gemeinsam mit ihren ParlamentarierInnen auf den am Frauentag und Faschingsdienstag folgenden Aschermittwoch und an diesem fängt bekanntlich die Fastenzeit an! Alles nur ein schlechter Faschingscherz? Leider nein, sondern bittere Realität!

Die Arbeit der „Anderen“

Von Alexandra Weiss

In den Diskussionen über die Arbeitsgesellschaft wird nur selten über Wert und Bewertung von Arbeit diskutiert. Die Bewertung von Arbeit hängt in unserer Gesellschaft nicht zuletzt davon ab, wer sie macht. Sexismus und auch Rassismus sind nicht nur politische Ausschlussmechanismen, sie sind auch Formen kultureller Missachtung, die mit einer Entwertung der Arbeit der betroffenen Gruppen einhergeht. Drei Diskussionspunkte dazu werden im Folgenden kurz angerissen:

1. Die Kontinuität des verkürzten (männlichen) Arbeitsbegriffs

Historische und aktuelle soziale Bewegungen und ihre institutionellen Ausformungen, wie Gewerkschaften, sehen bis heute den politisch zu bearbeitenden Widerspruch in erster Linie im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital, ohne ernsthaft bereit zu sein, die nicht-entlohnte Arbeit als Basis kapitalistischen Wirtschaftens zu begreifen. So wird die Ausbeutung von Frauen in der Hausarbeit, der Pflege, der Kindererziehung zu einer „privaten“ Frage.

Hintergrund sind hierarchische Geschlechterverhältnisse, die sich über die Formen der Arbeit „drüberlegen“ und dafür sorgen, dass Frauenarbeit zum einen überhaupt nicht als Arbeit wahr- oder ernstgenommen wird, oder am Erwerbsarbeitsmarkt entwertet wird, nicht zuletzt auch weil Frauen in ihrer sozialen Sicherung oder Existenzsicherung nicht als Individuen gedacht werden, sondern im Zusammenhang mit Familie oder (Ehe-) Mann.

Auch wenn die Kleinfamilie als Sinn und Inhalt eines Frauenlebens durch die gesellschaftliche Realität inzwischen massiv in Frage gestellt wurde und auch in der politischen Rede längst eine modernere Rhetorik Platz gegriffen hat, halten sich die Institutionen zur Absicherung dieser Kleinfamilie hartnäckig und sorgen dafür, dass weibliche Autonomie – für die allermeisten Frauen – prekär bleibt

oder schlicht nicht erreichbar ist. Armut von Frauen verfestigt sich so und wird politisch hingegenommen.

Ein Grund dafür liegt darin, dass feministische Forderungen auf Arbeitsmarktintegration oder Fragen der Gleichbehandlung verkürzt werden. Gleichzeitig werden mit der Demontage des Sozialstaates Anforderungen an Frauen als „Wohlfahrtsproduzentinnen“ herangetragen: sie sollen den Sozialstaatsabbau sozial verträglich gestalten – ganz privat. Die bekannten Diskussionen über den „Pflegenotstand“ die Gefährdung der Familie über BürgerInnen- und Freiwilligenarbeit machen das deutlich.

2. Politik gegen die Entwertung von Arbeit

Eine emanzipatorische Politik gegen die Entwertung von Arbeit muss all das im Blick haben – entgegen einer sich wieder etablierenden Haupt- und Nebenwiderspruchlogik aber auch einer alternativen oder Gemeinwohl-Ökonomie, die Spaltungen entlang von Geschlecht, Ethnie und Klasse kaum in Analysen und Gesellschaftsentwürfe integriert.

Die kulturelle und die ökonomische Dimension der Diskriminierung von Frauen und von ethnischen Gruppen sind „gleich-ursprünglich“, die eine ist nicht aus der anderen ableitbar. Deshalb wird eine Politik der Umverteilung Rassismus und Sexismus nicht zum Verschwinden bringen, ebenso, wie eine Politik der Anerkennung ungeeignet ist, soziale Ungleichheit und

Armut zu bekämpfen.

Für emanzipatorische Politik kann es nicht darum gehen, eine Vorrangigkeit entweder ökonomischer oder kultureller Diskriminierung und Ungleichheit zu postulieren, sondern deren Verwobenheit sichtbar zu machen und zu politisieren. Mehrfach hat man in politischen Kämpfen schon die Erfahrung gemacht, dass die Trennung der Zusammenhänge von Klassenherrschaft, Geschlechterhierarchie und Rassismus im Kapitalismus ein Mittel der Spaltung und der Stabilisierung von Herrschaftsverhältnissen war und ist. Das sollte deutlich gemacht haben, dass emanzipatorische Politik, ohne die „Anderen“, die Nicht-Weißen und die Frauen, nicht geeignet ist, Herrschaftsverhältnisse, Gewaltverhältnisse und Ungleichheit zu beseitigen.

3. Alternativen der Arbeitsgesellschaft und ihre geschlechterpolitischen Implikationen

Die Krise der Arbeitsgesellschaft manifestiert sich vor allem darin, dass die durch Produktivitätssteigerung frei werdende Zeit, nicht den Menschen zugutekommt, sondern sich in Form von Arbeitslosigkeit, zeitlich reduzierten und nicht existenzsichernden Arbeitsverhältnissen gegen die Menschen kehrt.

Als Alternativmodell dominant ist in der Diskussion das bedingungslose Grundeinkommen. Ich möchte hier auf ein paar Schwierigkeiten dieses Modells aus feministischer Perspek-



tive aufmerksam machen. Hauptkritikpunkt ist meines Erachtens, dass in diesen Modellen die Lebenssituation von Frauen kaum zum Ausgangspunkt genommen wurde – feministische Kritik formulierte schon vor 20 Jahren, dass „Dekommodifizierung“, also die Abkoppelung der Existenzsicherung vom Arbeitsmarkt, für Frauen meist dazu führt, dass sie für unbezahlte Arbeit verantwortlich gemacht werden – unter den gegenwärtigen Bedingungen (3/4 der unbezahlten Arbeit im Haus, in der Pflege, in der Kindererziehung wird von Frauen geleistet) ist diese Perspektive sehr wahrscheinlich.

Die Attraktivität des Modells, mit seinem Versprechen nach mehr Autonomie und persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten, basiert daher meines Erachtens auf einem Absehen von hierarchischen Geschlechterverhältnissen und davon, wie die meisten Frauen und Männer leben. Folge wird dann eine Zementierung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und eine Re-Privatisierung sozialer Dienstleistungen sein.

Zentral ist es, die Frage der Umverteilung – und die ist auch bei einem

Grundeinkommen nötig – radikaler zu stellen. Es könnte schließlich auch um eine Demokratisierung von Arbeitsverhältnissen, Arbeitszeitverkürzung, eine Befreiung der Arbeit, statt von der Arbeit gehen – es könnte darum gehen, über den Sinn von Arbeit zu diskutieren und „sinnlose“ Arbeit in Frage zu stellen. Eine grundsätzliche Kritik an der (Lohn-)Arbeit muss sich mit deren Gestaltung, mit Forderungen nach der Einflussnahme auf die Inhalte der Arbeit und mit einer Vergesellschaftung und Verberuflichung von Erziehungs-, Betreuungs- und Pflegearbeit befassen.

Werden all diese Inhalte abgeschnitten, so besteht unter den gegenwärtigen Bedingungen die Gefahr, dass ein Grundeinkommen zur Befriedung „überflüssiger“ Arbeitskräfte verkommt und zu Stigmatisierung und Ausgrenzung führt. Verteilungsgerechtigkeit wird so kaum hergestellt, wenn nicht die Form der Arbeit, der Arbeitsbegriff und seine Reduktion auf Lohnarbeit, die Verteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit sowie die Be- und Entwertung von Arbeit diskutiert wird.

Und zu guter Letzt geht es auch darum, den Zusammenhang von Arbeit und geschlechtlicher Identität aufzubrechen. Denn solange sich Männer entmännlich fühlen, wenn sie „typische“ Frauenarbeit verrichten oder wenn sie als Familienerhalter nicht „funktionieren“ und Frauen sich „entweiblich“ fühlen oder Kritik ernten, wenn sie ihre Arbeit im Haushalt und in der Erziehung nicht als oberste Priorität setzen oder die Arbeitsverhältnisse dies schlicht nicht erlauben, bleibt eine hierarchische Geschlechterordnung und traditionelle Formen von Arbeit und Leben aufrecht.

*Alexandra Weiss
ist Politikwissenschaftlerin in
Innsbruck*

Der Artikel ist ein Auszug aus dem Beitrag: Alexandra Weiss (2010). Die Arbeit der „Anderen“. In: Sabine Gruber/Frigga Haug/Stephan Krull (Hg.): Arbeiten wie noch nie!? Unterwegs zur Handlungsfähigkeit, Hamburg, Argument Verlag, 89-112.



Frauen, gemeinsam verändern wir die Welt und uns selbst!

Vor 100 Jahren, am 19. März 1911, fand in Wien die erste große Demonstration für die Rechte von Frauen statt.

An die 20.000 Personen – mehrheitlich Frauen – marschierten damals auf der Ringstraße zum Rathaus. Ihre Anliegen waren: allgemeines Frauenwahlrecht, Arbeitsschutzgesetze, Mutter- und Kinderschutz, 8-Stunden-Tag, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Senkung der Lebensmittelpreise, Einführung einer Sozialversicherung, Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs und die Verhinderung des sich am Horizont bereits abzeichnenden 1. Weltkrieges. Ähnliche Demonstrationen fanden im selben Jahr in Deutschland, der Schweiz, Dänemark und den USA statt.

Die Initiative zum Internationalen Frauentag kam von Clara Zetkin, die einen entsprechenden Antrag bei der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen im Jahr 1910 eingebracht hatte. Es war dies der Beginn einer kämpferischen Frauentradition, die jedes Jahr am 8. März, dem Internationalen Frauentag, die Anliegen der Frauen in die Öffentlichkeit trägt.

Heute, 100 Jahre später, sind viele der damals eingeforderten Rechte umgesetzt, manche werden schon wieder in Frage gestellt, andere noch gar nicht eingelöst und viele neue Forderungen und Visionen sind dazugekommen.

Wir wissen, dass wir uns – trotz aller Unterschiede – nicht spalten lassen dürfen, wollen wir als gemeinsame Bewegung Kraft entfachen. Für uns gilt, was schon Audre Lorde, eine afroamerikanische Feministin, 1984 sagte: „Ich bin nicht frei, solange eine einzige Frau unfrei ist, auch wenn sie ganz andere Ketten trägt als ich.“

Frau zu sein, darf kein Leben in Be-

nachteiligung nach sich ziehen. Als Frau zu leben heißt, andere Vorstellungen von der Welt zu haben als die Herrschenden.

Wir wollen in einer Welt leben, in der

- ◆ Frauen selbstverständlich und in allen Bereichen von Gesellschaft und Politik mitentscheiden

- ◆ Frauen und Männer gleich viel Geld und Macht besitzen

- ◆ Frauen nicht auf unsere Körper und unsere Rolle als Mütter reduziert werden

- ◆ Mutterschaft keine Armutsfalle ist

- ◆ Frauen nicht so arm gehalten werden, dass sie gezwungen sind, unwürdige Abhängigkeiten und gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen einzugehen

- ◆ Mädchen und Frauen ihre Geschichte kennen und über die Leistungen anderer Frauen Bescheid wissen

- ◆ alle Menschen uneingeschränkter Zugang zu Bildung haben und Lebens- und Arbeitsverhältnisse bestehen, die dies ermöglichen

Wir wollen in einer Welt leben, in der

- ◆ Frauenarbeit gleich viel wert ist wie Männerarbeit und unbezahlte Arbeit nicht automatisch Sache von Frauen ist

- ◆ Frauen und Männer in gleichen Maßen für Erwerbseinkommen, Kindererziehung, Haus- und Pflegearbeit Verantwortung übernehmen und sich die gesamte Gesellschaft für das Wohl aller Kinder zuständig fühlt

- ◆ alle Menschen das Recht auf eine gesicherte Existenz haben

- ◆ drohende Arbeitslosigkeit nicht als Erpressungsmittel verwendet werden kann und in der arbeitsrechtliche Standards eingehalten werden

- ◆ alle genug Zeit haben, sich zu erholen, ihr intellektuelles und kreatives Potential zu entfalten und ihre Beziehungen zu leben

- ◆ Mensch-Sein nicht nur bedeutet, zu funktionieren oder zu konsu-

mieren

Wir wollen in einer Welt leben, in der

- ◆ Frauen vor Männergewalt geschützt sind

- ◆ Frauenkörper nicht als Objekte in der Werbung verwendet werden

- ◆ Frauen nicht unablässig dem Diktat der Schönheits- und Modeindustrie ausgesetzt sind

- ◆ wir lieben dürfen, wen wir wollen und zusammenleben können, mit wem wir wollen, ohne dadurch benachteiligt zu werden in der niemand unser Recht in Frage stellt, selbst darüber zu entscheiden, ob und wie viele Kinder wir gebären wollen

Wir wollen in einer Welt leben, in der

- ◆ Bildung, Kunst und Kultur als menschliche Grundbedürfnisse verstanden werden, zugänglich allen Menschen unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Alter, geographischer und sozialer Herkunft

- ◆ die patriarchale Kulturgeschichte im Bildungs- und Kunstbereich kritisch bearbeitet und umgeschrieben wird

- ◆ zeitgenössischer Kunst zumindest gleich viele Ressourcen zugestanden werden wie traditioneller Kunst, um Künstlerinnen und Kulturarbeitern Zugang auf allen Ebenen zu ermöglichen

Wir wollen in einer Welt leben, in der

- ◆ Angehörige aller Kulturen selbstverständlich respektiert werden und Rassismus, Antisemitismus und Abwertung anderer Kulturen nicht stattfinden dürfen

- ◆ die Frauen=Menschenrechte eingehalten werden und deren Kenntnis zum Anforderungsprofil für die Tätigkeit als Politiker/in gehört

- ◆ Menschen vor Diskriminierung und Verhetzung und der daraus folgenden politischen Praxis von Schubhaft, Ausweisung und Abschiebung geschützt sind

- ◆ das Zusammenleben von Men-

schen unterschiedlicher Herkünfte als Bereicherung erlebt und niemand illegalisiert wird

Wir wollen in einer Welt leben, in der

- ◆ Waffenproduktion, Kriege und Überfälle auf andere Länder der Vergangenheit angehören
- ◆ nicht alle drei Sekunden ein Kind stirbt, weil die Länder des Nordens seit Jahrhunderten jene des Südens ausplündern
- ◆ die Profitinteressen von multi-

nationalen Großkonzernen und der Finanzwirtschaft nicht unser aller Leben bestimmen

- ◆ unser Leben kein Spielball von Schwankungen von Wirtschaftswachstum und Börsenkursen ist
- ◆ internationale Solidarität gelebt wird und alles getan wird, um dem Klimawandel entgegenzuwirken und mit den Ressourcen der Erde schonend und sparsam umzugehen

Damit diese Welt mehr zu unserer

wird, gehen wir gemeinsam auf die Straße und rufen alle Frauen dazu auf, sich zu beteiligen.

Setzen wir gemeinsam ein Signal für Frauenrechte! Eine andere Welt ist möglich!

**Aufruf der
Vorbereitungsplattform 100
Jahre Internationaler Frauentag
Info: www.20000frauen.at**



100 Jahre und kein bißchen weiter?

Von Anita Kainz

Die Massenmedien verschweigen ihn nicht mehr, die HerausgeberInnen von Kalendern, die Parteien und Organisationen ignorieren ihn nicht mehr: Den Internationalen Frauentag!

Allerdings, dass 1911 20.000 Frauen auf der Ringstraße waren und für „Freiheit, Frieden und Recht“ demonstriert haben, das wird weiterhin ignoriert. Oder doch nicht?

Heuer, 2011 sind es hundert Jahre her seit dieser großen ersten Demo. Und wenn Frauen verschiedenster Gesellschaftsschichten in diesem Jahr längst begonnen haben, ihren besonderen Kampftag für die Rechte der Frau, für Frieden, Freiheit und internationale Solidarität in vielfältigster Weise und so einheitlich wie möglich vorzubereiten, dann wird uns ein Blick zurück zusätzlich im Handeln ermutigen und stärken.

Es ist gut von dieser ersten großen Demo zu wissen und die Tradition – durch den Krieg gegen den Faschismus und die politische Entwicklung

unterbrochen – im Bewusstsein der Erfolge, die dann doch errungen werden konnten, aber auch der Fehler, die nicht ausblieben, weiterzuführen. Nicht alle Probleme der Frauen von früher – von unseren Urgroßmüttern, Großmüttern und Müttern – sind die Probleme von uns Frauen von heute, aber viele, allzu viele sind es noch immer!

Wer profitiert von den niedrigen Frauenlöhnen, von den prekären Beschäftigungsverhältnissen, vom zunehmenden Sexismus, der mit Hilfe der Werbung in den Köpfen schon für normal angesehen wird? Vor hundert Jahren waren es die Großindustriellen, heute sind es die weltweit vernetzten Großkonzerne.

Besonders bei schlecht bezahlten Jobs steigt die Zahl der geringfügig oder



teilzeitbeschäftigten Frauen von Jahr zu Jahr mehr an. Das führt natürlich automatisch in die Armutsfalle.

Obwohl das Frauenvolksbegehren im Jahr 1997 von 645.000 Menschen unterschrieben wurde, ist bis heute keine der elf Forderungen erfüllt worden. Nutzen wir die Erfahrungen aus 101 Jahren Frauentagsdemo bei der Vorbereitung zur Demo am 19. März 2011.

Mehr Informationen unter www.20000frauen.at

**Anita Kainz
ist GLB-Aktivistin in Wien**

Des Pudels Kern

Von Gerlinde Grünn

Justizministerin Bandion-Ortner will im Rahmen einer Novelle zum Schadensersatzrecht FrauenärztInnen von der Verantwortung befreien, wenn diese im Rahmen der pränatalen Diagnostik Behinderungen des Fötus übersehen und potentiellen Eltern damit die Möglichkeit einer embryopathischen Indikation nehmen.

Diese Initiative der bisher eher glücklos agierenden Justizministerin löste eine recht heftige Debatte aus. Nun kann man sich mit Recht fragen, warum die Emotionen angesichts einer Novelle des Schadensersatzrechtes dermaßen hoch gehen.

Kritische Gegenstimmen

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Gesundheitsminister Alois Stöger wollen FrauenärztInnen nicht aus der Informationspflicht über etwaige Behinderungen des Fötus entlassen und befürchten einen Verlust der Sorgfalt und Qualität der gynäkologischen Betreuung von Schwangeren.

Der Wiener Frauenarzt Peter Husslein sieht durch diese Gesetzesänderung sogar Frauenrechte mit den Füßen getreten. Kritisch, jedoch in anderer Parteienstellung, meldete sich auch Behindertenanwalt Erwin Buchinger zu Wort, der „die Ungleichbehandlung von werdenden Behinderten und nicht-behinderten Leben“ monierte und die Abschaffung der embryopathischen Indikation forderte.

Des Pudels Kern

Und da ist man auch schon bei des Pudels Kern. Es geht um Abtreibung und die Frage, wer die finanzielle Verantwortung für ein, durch eine verabsäumte ärztliche Information, behindert geborenes Kind übernimmt.

In der Stellungnahme zum Gesetzesentwurf der Arbeiterkammer OÖ wird zu Recht festgestellt, dass ein Kind, sei es gesund geboren, sei es behindert geboren, niemals einen Schaden an sich darstellt.

Es aber auch unbestritten sei, dass die Betreuung, Pflege und Erziehung eines Kindes eine große Herausforderung darstelle und im Regelfall durch eine Behinderung mit vermehrten Belastungen zu rechnen sei. Eltern haben daher das Recht, über mögliche Erkrankungen und Behinderungen des Fötus aufgeklärt zu werden, damit sie frei entscheiden können, ob sie sich der Herausforderung eines gesunden



oder behinderten Kindes gewachsen fühlen und andernfalls einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen. Es ist daher nicht einzusehen, dass Eltern diese Entscheidungsfreiheit durch mangelnde ärztliche Informationen vorenthalten wird und der/die informationssäumige Frauenarzt/in in diesem Fall nicht schadensersatzpflichtig wird.



Umgang mit Abtreibung

Die Frage des Schadensersatzes ist allerdings nur der Aufhänger dieser Diskussion. Im Grunde geht es um den typisch österreichisch schlampigen Umgang mit dem Thema Abtreibung. Auf der einen Seite eine gemessen an den europäischen Standards liberale Gesetzgebung gepaart mit einer Umsetzung, die unter jedem Hund ist. Informationsnotstand, nur wenige öffentliche Krankenhäuser, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, keine Übernahme der Kosten durch die Krankenkassen und ein überwiegend moralisierender, Frauen bevormundender Diskurs sind die Praxis.

Zu Recht kritisiert Behindertenanwalt Buchinger die gesetzliche Ungleichbehandlung durch die embryopathische Indikation. Dem könnte allerdings leicht Abhilfe geschaffen werden, durch die Erfüllung der alten Forderung der Frauenbewegung, nämlich der gänzlichen Streichung der Abtreibung als Tatbestand aus dem Strafgesetzbuch.

Gerlinde Grünn
ist Sozialpädagogin und
Gemeinderätin in Linz

Solidarität für soziale Rechte

Von Heike Fischer

Soziale Sicherheit ist ein Fundament für die Freiheit aller Menschen in einer demokratischen Gesellschaft. Sie schafft die materiellen Voraussetzungen für die Zukunfts- und Lebenschancen aller.



Demokratie verbindet alle Menschen wechselseitig mit Rechten und Pflichten. Wir wollen eine Gesellschaft, die Bildung für alle ermöglicht, Arbeitslose und Arme materiell absichert, aber auch befähigt, ihre Notlagen eigenverantwortlich zu überwinden. Kranke sollen sich auf die Solidarität der Gesunden verlassen können und am medizinischen Fortschritt teilhaben, alle Menschen sollen in Würde alt werden können.

Neben dem Staat müssen auch Unternehmen und wirtschaftlich Starke Verantwortung für den sozialen Ausgleich und die soziale Infrastruktur und damit für die Herstellung von Gerechtigkeit übernehmen.

Wenn Demokratie, Solidarität und Zukunftsfähigkeit jene Gesellschaft kennzeichnen soll, in der wir leben wollen, muss sie zugleich auch die Menschen zur Solidarität mit anderen ermutigen und sie stärken, im Rahmen ihrer Möglichkeiten für sich und andere Verantwortung wahrzunehmen.

Es gilt also, den Sozialstaat so zu gestalten, dass er seinen grundsätzlichen Aufgaben unter den veränderten Bedingungen gerecht werden kann und die Verteilungsfragen beantwortet: Armut vermeiden, Ausgrenzung verhindern, eine für alle zugängliche soziale Infrastruktur, ein offenes Bildungssystem mit Chancengleichheit, soziale Grundrechte für alle und Unterstützung von Engagement und Eigenverantwortung.

Wir brauchen einen leistungsfähigen

und effizienten Sozialstaat. Der Wohlstand zeigt sich auch an der sozialen Sicherheit seiner BürgerInnen. Soziale Sicherheit macht nicht arm, sondern ist eine Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg. Sie schafft sozialen Frieden und erhöht die Bereitschaft der Menschen, Veränderungen zu akzeptieren und mit zu gestalten.

Der Sozialsektor selbst bietet Arbeit, schafft Innovationen und trägt zum Wohlstand bei. Die Bezahlung der sozialen Dienste entspricht heute nicht der gesellschaftlichen Leistung. Deshalb muss der Staat wirtschaftliche Freiheiten mit sozialem Ausgleich, sozialer Absicherung, Existenz sichernden Einkommen und nachhaltigem Schutz der Umwelt verbinden.

Mit und ohne Arbeit würdig leben

Dies gelingt, wenn Sozialpolitik die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen gewährleistet und die Menschen befähigt, ihre Belange selbst zu bestimmen, zu vertreten und zu gestalten. Alle Menschen müssen mit und ohne Arbeit in Würde leben können, die Grundrechte der Kinder und Jugendlichen gewahrt werden und Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung verhindert werden sowie pflegerische Versorgung für alle sichergestellt werden.

Die Steuerpolitik muss entsprechend der Leistungsfähigkeit und einem angemessenem Anteil am Privatvermögen die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben sichern. Arbeitsbedin-

gungen müssen mit gemeinwohlorientierten und familienbezogenen Tätigkeiten vereinbar sein. Allen muss der Zugang zu hochwertiger Bildung und lebenslangem Lernen ermöglicht werden, die wahlfreie Nutzung sozialer Dienstleistungen sichergestellt werden.

Auf dem Fundament eines solchen Sozialstaates sind die zukünftigen Herausforderungen zu meistern. Dieser Sozialstaat ist auf Zustimmung, Engagement und Bereitschaft zu solidarischer Verbundenheit aller angewiesen.

Leider sind Gerechtigkeit und Solidarität nicht mehr selbstverständliche Orientierungswerte. Deshalb ist es notwendig, für einen handlungsfähigen und modernen Sozialstaat als Ausdruck wechselseitiger Solidarität der BürgerInnen einzutreten. In der Überzeugung, dass die Demokratie eine soziale Grundlage braucht. Der Sozialstaat ist ohne Demokratie ebenso wenig lebensfähig, wie Demokratie ohne Sozialstaat.

Die Weiterentwicklung des Gemeinwesens zu mehr gegenseitiger Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und persönlichem Engagement sichert und erweitert das Fundament einer demokratischen Gesellschaft.

Heike Fischer ist BRV von Zentrum Spattstraße in Linz

Zweimal Minus ist kein Plus

Von Lilian Stadler

Da hat es die Seniorensprecherin der ÖVP, Frau Aubauer aber sehr eilig. Eines ihrer dringlichsten Anliegen für 2011 sei es, das Pensionsantrittsalter für Frauen schneller an das der Männer anzuheben als es gesetzlich geplant ist.

Wenn wir uns zurückerinnern, wurde gegen die Angleichung des Pensionsantrittsalters schwerwiegende Argumente ins Treffen geführt:

Frauenstaatssekretärin Johanna Dohnal wies auf die Mehrfachbelastung von berufstätigen Frauen in Haushalt, Pflege von Angehörigen, bei der Kindererziehung und auf die eklatanten Unterschiede in der Bezahlung von Männer- und Frauenarbeit hin.

All diese Diskriminierungen von Frauen abzubauen, würde ein gesellschaftliches Umdenken erforderlich machen und da dies nicht von heute auf morgen geschehen würde, hatte man die Angleichung des Pensionsantrittsalters auf 65 Jahre für Frauen in langsamen Schritten beginnen mit 2024 bis zum Jahr 2033 geplant. (Allerdings wurde durch darauf folgende „Pensionsreformen“ auch immer mehr Versicherungsjahre als Voraussetzung für die Regelpension festgeschrieben.)

Dass Frauen bis dahin fünf Jahre früher in die Alterspension gehen können – diese „Ungleichbehandlung“ im Pensionsrecht wurde als Ausgleich für die tatsächliche Diskriminierung von Frauen anerkannt und verfassungsrechtlich fixiert –, und hielt auch der EU-Richtlinie zur Gleichbehandlung

stand, wonach Österreich verpflichtet sei, bei sozialrechtlichen Regelungen beide Geschlechter gleich zu behandeln.

Schutzbestimmungen sind kein Bumerang

Frau Aubauer meint nun, dass sich die Zeiten geändert hätten und sich diese Bestimmung „mehr und mehr zum Bumerang für Frauen“ entpuppe und sieht das untermauert durch den Frauenbericht, „aus dem hervorgeht, dass die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern in der Pension extrem groß ist“.



© www.karl-berger.at

Und um ihr Weltbild abzurunden, wird das Schicksal einer Tiroler Ärztin beklagt, die mit 60 Jahren in Pension geschickt wurde: „Frauen in Spitzenjobs wollten gerne im Unternehmen bleiben, würden aber sobald sie 60 sind in Zwangspension geschickt.“ (Kurier, 5.1.2011).



Hoppla, da werden doch Äpfel mit Birnen verglichen bzw. Äpfel als Verursacher von Birnen dargestellt. Es stimmt schon, dass die Einkommensschere zwischen Frauen und Männer weiter auseinander klafft und es ist auch richtig, dass vielen Frauen aufgrund von Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen Versicherungszeiten fehlen und sie deshalb hohe Abzüge in der Pension in Kauf nehmen müssen.

Wie weltfremd muss man (hier besser ‚frau‘) sein, um aus dieser prekären Situation heraus, die Forderung aufzustellen, dass Frauen länger arbeiten sollen, wenn es für Frauen jetzt schon schwer genug ist mit 45 Jahren noch einen halbwegs respektablen Job zu bekommen; wenn immer mehr Menschen nicht vom Berufsleben, sondern aus Zeiten der Arbeitslosigkeit in Pension gehen müssen.

Solange Frauen immer noch bis zu einem Drittel weniger Lohn bekommen als Männer und Halbe-Halbe noch nicht umgesetzt ist, benötigt es keinerlei Eile das Pensionsalter für Frauen hinaufzusetzen.

Lilian Stadler ist GLB-Aktivistin in Wien und vertritt den Zentralverband der Pensionisten im Seniorenbeirat

Desaster um Mindestsicherung

Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) wird kein Veto gegen die Wiedereinführung des erst 2008 abgeschafften Regresses bei der steirischen Mindestsicherung einlegen.

Das ist faktisch ein Freibrief für andere Bundesländer und damit letztlich für die bundesweite Anwendung dieser unsozialen Härte. Noch vor wenigen Wochen erklärte Hundstorfer großspurig „leise werde ich das nicht zur Kenntnis nehmen können“ und kündigte an, er sei gerade dabei „Einspruch zu erheben“.

Regress wieder eingeführt

Obwohl sich Bund und Länder bei der mit 753 Euro (zwölfmal jährlich) ohnehin mehr als mageren Mindestsicherung vertraglich darauf geeinigt haben, keine Kostenbeiträge mehr bei den Angehörigen der BezieherInnen einzuheben, will das Land Steiermark ab 1. Mai 2011 Angehörige der SozialhilfebezieherInnen zur Kasse bitten, wenn die Eltern oder Kinder von BezieherInnen der Mindestsicherung ein Nettoeinkommen von mehr als 1.500 Euro beziehen.

Mit seiner Begründung, durch ein Veto die rotschwarze Koalition in der Steiermark und auf Bundesebene nicht gefährden zu wollen, erweist sich Hundstorfer somit als „Unsozialminister“. Die Wiedereinführung des Regresses widerspricht auch dem Grundprinzip der Mindestsicherung, dass nämlich von Eltern volljähriger Kinder, von Kindern, Enkelkindern oder Großeltern eben kein Kostenersatz verlangt werden darf.

Warum neun Landesgesetze?

Für die Landes- wie auch die Bundespolitik sind die vielgerühmten „15a-Vereinbarungen“ also nur ein Fetzen Papier. Und einmal mehr erweist sich der extreme österreichische Föderalismus als absolut kontraproduktiv.

1/11 die Arbeit

Wäre es doch naheliegend und sinnvoll, statt neun Landesgesetzen eine einheitlich für ganz Österreich geltende Bundesregelung für die Mindestsicherung zu schaffen.

Laut dem Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik nehmen 49 bis 61 Prozent der Anspruchsberechtigten die ihnen zustehenden Sozialhilfeleistungen nicht in Anspruch. Laut Armutskonferenz bekommt im Burgenland nur jeder 43. Anspruchsberechtigte Sozialhilfe, in Kärnten nur jeder 41., in Oberösterreich jeder 25. und in Niederösterreich jeder 13., in Wien immerhin jeder dritte. Ein Drittel wird von den Sozialämtern falsch informiert, etwa die Hälfte erhält erst nach Intervention eine Sozialhilfe.

So schaut's also aus im „Sozialstaat Österreich“, weil Unkenntnis, Scham oder Scheu vor Behörden die legitimen Ansprüche zur Makulatur machen. Als „Draufgabe“ werden SozialhilfempfängerInnen von Wirtschaft, Medien und Rechtsparteien als „SozialschmarotzerInnen“ verunglimpft.

Sozialhilferechner in der Steiermark

Da die Mindestsicherung zu Verunsicherung führen und es potenziellen BezieherInnen noch schwerer machen wird, ihre Ansprüche richtig einzuschätzen bietet der steirische KPÖ-Landtagsklub einen Mindestsicherungsrechner im Internet ([http://](http://www.sozialhilferechner.at/)

www.sozialhilferechner.at/) an, mit dem selbst eventuelle Ansprüche berechnet werden können.

Erfahrungsgemäß werden viele Menschen von Behörden um ihren Anspruch gebracht, Opfer von willkürlichen oder schlicht falschen Entscheidungen und obendrein häufig schlecht behandelt. Das zeigen viele Berufungen und Höchstgerichtsbeschwerden.

Es ist nicht davon auszugehen, dass sich daran mit der Einführung der Mindestsicherung etwas ändern wird – im Gegenteil: Die neue Rechtslage wird zu Verunsicherung auf beiden Seiten führen und es potenziellen Bezieherinnen und Beziehern noch schwerer machen, ihre Ansprüche richtig einzuschätzen. Da sich mit der



Mindestsicherung in jedem Fall finanzielle Verschlechterungen ergeben, ist es besonders wichtig, dass alle Anspruchsberechtigten die Wahrung ihrer Rechte überprüfen können.

Gesellschaftsspiel „Kostenschieben“

Von Karin Antlanger

Am 13. und 14. Dezember des Vorjahres traten rund 190 MitarbeiterInnen von pro mente OÖ und EXIT-sozial in einen zweitägigen Warnstreik.

Anlass dafür war, dass die Sozialabteilung des Landes OÖ unter der Führung des sozialdemokratischen LH-Stellvertreters und SPÖ-„Erneuerers“ Josef Ackerl mitgeteilt hatte, dass für die Bereiche sozialpsychiatrische und psychosoziale Krisenintervention, Beratung und betreute Freizeitangebote das Budget für die Sozialvereine ab Jänner 2011 um 33 Prozent gekürzt werde. Begründung: Der Sozialabteilung des Landes OÖ fehlen die nötigen Gelder und so müsse dort gespart werden, wo es sich um Bereiche handle, die nicht in den sogenannten Pflichtleistungsbereich der Sozialabteilung fallen.

Abschieben ins Spital?

Krisenintervention z.B. sei doch eher dem Bereich Gesundheit zuzuordnen, weshalb hier eingespart werden müsse, ebenso bei Beratung und Psychotherapie, ganz abgesehen von Freizeiteinrichtungen für psychisch Kranke. Der Soziallandesrat schiebt also einen Teil der Kosten in das Gesundheitsressort – dort hatte man aber bisher mit diesen Kosten nichts zu tun, d.h., es ist dort auch kein Budget dafür vorgesehen. Die Gebietskrankenkasse ihrerseits fühlt sich auch nur (begrenzt) für Psychotherapie zuständig.

SP-Chef Ackerl stieß selbst in den eigenen Reihen auf Widerstand. So meinte er etwa, dass psychosoziale Hilfe verstärkt in den Spitälern angeboten werden könne. Dass aber die Kosten in Spitälern viermal (!) so hoch sind wie in sogenannten extramuralen Einrichtungen, scherte ihn dabei nicht – sind ja nicht die Kosten seines Ressorts.

Egal, wohin die Kosten verschoben werden, auf der Strecke bleiben die Beschäftigten und die zu Betreuenden. So waren in OÖ Ende November 113 MitarbeiterInnen von pro mente und EXIT-sozial beim AMS über das Frühwarnsystem zur Kündigung angemeldet, ein sprunghafter Anstieg der Wartelisten für psychosoziale Beratung in den einzelnen Beratungsstellen auf bis zu einem Jahr vorprogrammiert, die Schließung von einzelnen Freizeiteinrichtungen, Beratungsstellen und auch Krisenangeboten in Planung.

Totgeschwiegener Streik

Der vom Präsidium der GPA-djp und dem ÖGB-Vorstand freigegebene Streikbeschluss wurde zwar sowohl von den Betriebsräten der beiden Betriebe, als auch von der GPA-djp OÖ an alle Medien ausgesendet – die in Oberösterreich maßgeblichen „OÖN“ und der ORF-OÖ, die sich ja beide zum sog. Qualitätsjournalismus zugehörig wännen, weigerten sich bis zum Streikbeginn, auch nur irgendetwas darüber zu berichten.

Da waren die Gratisblätter und „Krone“ und „Österreich“ sowie diverse Privatsender ja noch richtiggehend informativ, als sie über die finanzielle Misere der Vereine und die Gefährdung der psychosozialen Versorgung bzw. über die Streikbeschlüsse berichteten.

Wessen Pressefreiheit?

Die Informationspflicht des ORF, mit der ja gerne die Gebührenpflicht der BürgerInnen argumentiert wird, geht offenbar nur so weit, als der Landes-



hauptmann oder die Politik dies zulässt. Wenn im oberösterreichischen Medienwald quasi über jede Fertigstellung einer Goldhaube oder die offizielle Eröffnung eines Randsteines in Pucking berichtet wird, so ist dann kaum mehr Platz für die Berichterstattung über einen zweitägigen lückenlosen Streik in den von Kürzungen betroffenen Einrichtungen der beiden Vereine.

In den österreichischen Massenmedien aber auch innerhalb der Linken wurde der Streik zwar zur Kenntnis genommen – vereinzelt trafen auch Unterstützungserklärungen und Solidaritätsbekundungen ein – allein die Entführung eines Pudelwelpen löst erfahrungsgemäß mehr mediale Empörung aus als die Kündigungsanmeldung von 113 MitarbeiterInnen in Sozialdiensten.

Als im selben Monat die AUA-Angestellten einen Streikbeschluss fassten (und dann eh nicht streikten), war dies mehrere Meldungen im „Zeit im Bild“ des ORF wert. Wenn SozialarbeiterInnen, PsychologInnen, TherapeutInnen, PädagogInnen zwei Tage lang streiken, ist dies grad mal erwähnenswert. Kommt dies etwa daher, dass den Menschen vermittelt werden soll, dass dieses „linke Sozialarbeiterpack eh nur a bisserl redet und dafür teuer bezahlt werden will“. Der alte Sozialarbeiterwitz „Hauptsache, wir haben darüber geredet“ spricht Bände.

Politische Disziplinierungsmaßnahme?

Man kann ja nicht mal behaupten, dass die Kürzungen im Sozialbereich das große Geld bringen würden, jene Millionen, die das Land dann in umstrittene Projekte wie den Westring (80 Millionen von Land und Stadt Linz) oder die Schischaukel in Hinterstoder (60 Millionen) steckt, denn die drei oder vier Millionen, die durch die Kürzungen schlussendlich eingespart werden machen das Kraut auch nicht fett.

Es drängt sich hier viel mehr die Vermutung auf, dass unliebsame weil aufmüpfige Betriebe, deren Belegschaften und auch Geschäftsführungen nicht



zu allem, was aus den Parteizentralen ob der Enns kommt, Ja und Amen sagen, in die Schranken gewiesen werden sollen.

Auch hat Pühringer kundgetan, dass bei den Sozialvereinen eine Flurbereinigung stattfinden solle. Da ist er sich mit seinem roten Stellvertreter offensichtlich einig – übrig bleiben sollen dann die großen schwarzen und roten Parteivorfeldorganisationen wie Hilfswerk, Volkshilfe, Caritas etc., die auf politischen Zuruf funktionieren.

1/11 die Arbeit

Das war erst der Anfang!

Mehr, schneller und billiger – das Credo der Betriebswirte, die einen immer stärkeren Einfluss auf die Sozialplanung in den Bundesländern nehmen, treibt mittlerweile schräge Blüten: anstatt zu evaluieren, ob die Qualität der Betreuung stimmt und den Hilfesuchenden wirklich geholfen werden kann, zählt nur noch der sog. Output, also Pflege- und Betreuungsminuten. Jeder Beistrich ist zu dokumentieren, jede Minute Wegzeit extra festzuhalten.

Alles, was nicht in Form von Zahlen oder in Skalen erfasst werden kann, wie z.B. Empathie, Zeit nehmen und zuhören, Eingehen auf persönliche

tics verstärkt in Anspruch genommen werden, kommt der nächste Schlag: Der rote LHStv lässt schriftlich ausrichten, dass die BAGS-KV-Erhöhungen (zwei Prozent ab Februar) vom Land nicht bezahlt werden. Ebenso werden die Steigerungen beim Sachaufwand (Mieten, Betriebskosten, Reparaturen etc.) den Vereinen nicht abgegolten.

Das Gleiche in Salzburg: auch dort wird die Abgeltung der KV-Erhöhung bei den Löhnen und Gehältern verweigert. Und auch die OÖ-GKK hat bereits mitgeteilt, dass sie KV-Erhöhungen für TherapeutInnen nicht abgelten werde.

Kein angemessener Preis

Die Geschäftsführungen der Sozialvereine sind gesetzlich verpflichtet, die KV-Erhöhungen zu bezahlen – bekommen dieses Geld aber nicht von den Kostenträgern. Eines muss man den sogenannten Sozialabteilungen der Landesregierung lassen: sie haben bei der Wirtschaft gelernt, nämlich indem sie Waren bzw. Dienstleistungen kaufen, aber dafür keinen angemessenen Preis zahlen wollen. So wie z.B. große Handelsketten den Bauern die Preise diktieren ohne Rücksicht auf die Steigerung der Gestehungskosten, so diktieren die öffentlichen Kostenträger die sog. Leistungspreise ohne Rücksicht auf Kostensteigerungen.

Aber auch PolitikerInnen und deren Angehörige werden eines Tages alt, pflegebedürftig und angewiesen auf Dienstleistungen, die sie heute am liebsten unbezahlt hätten. Und dann sollen sie schauen, ob sie die gewünschte Qualität für ein Butterbrot bekommen.

Karin Antlanger
ist Betriebsratsvorsitzende von
EXIT-sozial Linz und
Stv. GLB-Bundesvorsitzende

„Gute Arbeit, gutes Leben“

Unter dem Motto „In Bewegung kommen - umverteilen!“ stand die Bundeskonferenz der Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB) am 11. Dezember 2010 in Wien. Die LinksgewerkschafterInnen lehnen das Belastungspaket der Bundesregierung zur Budgetsanierung entschieden ab und verlangen eine Umverteilung durch höhere Steuern auf die Milliardenprofite von Banken und Konzerne und die Vermögen der 68.900 Euro-MillionärInnen.

„Wir fordern ÖGB und Arbeiterkammern zum Widerstand auf. Wir verlangen von den GewerkschafterInnen im Parlament, gegen dieses unsoziale Budget zu stimmen!“ heißt es in einer von der Konferenz beschlossenen Resolution: „Den FunktionärInnen des ÖGB auf die Zehen steigen und ihre Haltung zum Belastungspaket der Regierung transparent machen“ will der neugewählte GLB-Bundeschäftliche Josef Stingl.

Die bisherige Bundesvorsitzende Karin Antlanger zeigte im Hauptreferat der

zehn Euro pro Stunde, die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust und eine Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung des Sozialstaates als Schwerpunkte des GLB.

Antlanger wies weiters die Bestrebungen zur Privatisierung öffentlichen Eigentums zurück und zeigte auf, dass die Forderung nach einer Verwaltungsreform vorrangig auf Kosten des Personals gehen soll. Aus aktuellem Anlass stellte sie die Hintergründe des Warnstreiks der Beschäftigten der Sozialvereine pro mente und EXIT-

Die Bundeskonferenz beschloss Resolutionen für die Vergesellschaftung der Banken, einen gesetzlichen Mindestlohn, eine Wertschöpfungsabgabe, für eine Freifahrt im öffentlichen Verkehr, eine Arbeitszeitverkürzung, gegen das Belastungspaket, zur Solidarisierung mit dem Protest gegen die Sozialkürzungen in Oberösterreich, eine Reform des AK-Wahlrechts und gegen die Privatisierung des öffentlichen Eigentums.

Führungswechsel im GLB

Mit der Bundeskonferenz erfolgte auch ein Führungswechsel im GLB: Nach fünfeinhalb Jahren legte Karin Antlanger die 2005 übernommene und ehrenamtlich ausgeübte Funktion als Bundesvorsitzende zurück, Josef Stingl wurde einstimmig als neuer Bundesvorsitzender gewählt. Josef Stingl, Jahrgang 1960, ist Koch und Betriebsrat der „Lamerer Stube“ in Innsbruck, GLB-Landessprecher in Tirol und seit Anfang 2010 Vorsitzender des GLB-Vida, er wird den GLB künftig auch im ÖGB-Bundesvorstand vertreten.

Die Bundeskonferenz wählte eine Bundesleitung mit 21 und eine Bundeskontrolle mit fünf Mitgliedern. Stellvertretende Bundesvorsitzende sind Karin Antlanger (BRV EXIT-sozial Linz), Barbara Buchacher-Kundi (Mitglied des ÖGB-Bundesfrauenausschusses) und Werner Beier (GLB-Vida), Oliver Jonischkeit wurde als GLB-Bundessekretär in seiner Funktion bestätigt.



Konferenz die Ursachen, Hintergründe und Auswirkungen der Krise auf und stellte dar, dass die Lohnabhängigen bereits mehrfach dabei draufgezahlt haben und jetzt neuerlich für die Budgetsanierung zur Kasse gebeten werden. Neben der dringend notwendigen steuerpolitischen Umverteilung begründete sie die Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn von

sozial gegen die Kürzungen im Sozialbudget des Landes Oberösterreich dar. Dem Motto „In Bewegung kommen – umverteilen!“ gerecht zu werden heißt für die Solidarität der Lohnabhängigen im gemeinsamen Kampf für ihre ureigensten Rechte für „Gute Arbeit“ und ein „Gutes Leben“ einzutreten, so Antlanger abschließend.

Frei und willig, vor allem billig

Von Bärbel Mende-Danneberg

Das „Ehrenamt“ soll durch das EU-„Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011“ zu neuen Ehren kommen. Wieso gerade jetzt? Besteht etwa ein Zusammenhang von ehrenamtlicher Tätigkeit, Budgetsanierung, Geschlechterverhältnissen und Arbeitslosigkeit?

In Österreich liegt der Durchschnitt deklarerter Freiwilliger mit über 43 Prozent deutlich über dem in der EU (20 Prozent): Über drei Millionen Menschen arbeiten freiwillig und unbezahlt in allen denkbaren Lebensbereichen – von der Betreuung alter Menschen, dem Engagement in Flüchtlings-, Sozial- oder Fraueneinrichtungen bis hin zum „Ehrenamt“ in Traditions- und Sportvereinen oder in politischen Parteien.

Das war schon immer so. Ich denke nur an die vielen unbezahlten Arbeitsstunden in den neuen sozialen oder ökologischen Bewegungen, in der Kinderladenbewegung oder in der Frauen- und Friedensarbeit. Neu ist, dass „in diesem Jahr die Tätigkeit von Freiwilligen gewürdigt, die damit verbundenen Probleme angepackt und die Öffentlichkeit zum Mitmachen angeregt werden“ (Aussendung der EU-Kommission) soll. Denn „Freiwilligentätigkeit kommt der Allgemeinheit zugute und führt Gemeinschaften zusammen“.

Es scheint, die Allgemeinheit ist zwingend und in steigendem Maß angewiesen auf die Freiwilligentätigkeit. Das Werkel Staat könnte ohne sie nicht funktionieren und angesichts des budgetären Kahlschlags selbst zum „Sozialfall“ verkommen. Dementsprechend die EU-Pressemitteilung: „Im Rahmen der ausgeübten Tätigkeiten können neue Fähigkeiten und Kompetenzen erworben und damit sogar die Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden. Dies ist angesichts der derzeitigen Wirtschaftskrise besonders wichtig.“

So also läuft der Hase: „Für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Europas bietet die Freiwilligentätigkeit viele aber noch in weiten Teilen ungenutzte Möglichkeiten. Die Kommission erwartet vom Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit, dass mehr Menschen sich ehrenamtlich engagieren und dass das Bewusstsein für den Mehrwert dieses Engagements gesteigert wird.“ (O-Ton EU).

Wenn vom „Ehrenamt“ gesprochen und verstärkt freiwilliges Engagement eingefordert wird, geht mein Verdacht, wer denn da angerufen wird, zu allererst zum weiblichen Bevölkerungsteil. Und in der Tat, 80 Prozent der häuslichen Pflege von Angehörigen wird privat, zum Großteil von Frauen, geleistet. Bei einer Straßenumfrage zum „freiwilligen“ Sozialdienst im Zuge der Bundesheerdiskussion konnten sich auch nur wenige Burschen vorstellen, im Pflegebereich tätig zu sein, sie ziehen Sport- oder zivilgesellschaftlichen Einrichtungen vor. Es wird wahrscheinlich auch bei der freiwilligen Arbeit zu geschlechtsspezifisch geteilten Arbeitsfeldern kommen.

Die EU-Forderung nach Aufwertung und Bezahlung der Freiwilligenarbeit ist in gewisser Weise eine Vorwegnahme der zu radikalierenden Diskussion für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Dass die Betroffenen nicht mit einem Bettel abgespeist werden, ist eine politische Kampfrage. Die EU-Kommission hat die Bereitstellung von lächerlichen acht Millionen Euro für das Europäische Jahr selbst und von zwei Millionen Euro für vorbereitende Maßnahmen



veranschlagt. Durch das „Ehrenamt“ erspart sich der österreichische Staat eine Menge Geld, Freiwillige erfüllen dabei das Pensum von 400.000 Vollzeitbeschäftigten. Müsste dafür bezahlt werden, fielen Lohnkosten von 16 Milliarden Euro an. Soviel zum Wert der (Freiwilligen-)Arbeit.

Die Gesellschaft wird nicht drum herum kommen, auf die veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen in den neoliberal ausgeplünderten EU-Staaten zu reagieren: „Viele der Arbeitslosen, Rentner und Wenig-Verdienenden waren – wie wir heute wissen – Pioniere einer ‚new work‘-Bewegung. Sie hatten nur eine ‚Halbtagsstelle‘, um ‚nebenbei‘ Zeit für ihr Eigentliches, ihre Kunst oder ihr ehrenamtliches Engagement etwa in einer Galerie, zu haben“ (Elisabeth Meyer-Renschhausen).

Oder wie es Frigga Haug in ihrer „Vier-in-einem-Perspektive“ im Zusammenhang mit einer Politik von Frauen für eine neue Linke skizziert: „Die Fragen, die die Frauenbewegung aufgeworfen hat, sind nicht lösbar, ohne alte Arbeitsteilungen grundsätzlich umzuwerfen. Alles andere ist Flickwerk, nicht haltbar.“

Bärbel Mende-Danneberg
ist Journalistin und lebt in Wien

Mut kann man sich nicht kaufen!

Von Josef Stingl

Zur Vorgeschichte: Verfassungsmäßig zu spät präsentierte die Regierung das Budget mit familien-, jugend- und arbeitnehmerInnenfeindlichen Belastungsmaßnahmen. Es folgte ein Aufschrei von ÖGB und AK, da die Budgetvorschläge nicht mit Aktionen wie „Wir fressen nicht die Krot“ oder „fair Teilen“ kompatibel waren. So nicht, umverteilen – von Oben nach Unten – sei die Devise der Zeit!



Es wurde „nachverhandelt“, einige Verschlechterungen kosmetisch geschönt, viele GewerkschafterInnen waren trotzdem nicht zufrieden. So beschloss der ÖGB-Landesvorstand in Anwesenheit von ÖGB-Präsident Erich Foglar einstimmig, dass die „Budgetkonsolidierung nicht am Rücken der Beschäftigten“ passieren darf und „endlich bei den Reichen zu sparen“ sei.

Sie verlangen von den GewerkschaftsfunktionärInnen im Parlament gegen die Belastungen zu stimmen. Foglar war bei dieser Sitzung nicht nur der Kritik des GLB ausgesetzt. GPA-Regionalgeschäftsführer Gerhard Schneider (FSG) polterte, dass er den dringend notwendigen Paradigmenwechsel vermisste.

Kurz vor dem Budget-Beschluss dann noch eine ÖGB-Bundesvorstandssitzung. Wer allerdings einen Frontalangriff auf die Bundesregierung erwartete wurde enttäuscht. Die Mehrheitsfraktion zeigt sich zwar unzufrieden, da das Sparbudget trotz Abfederungen „noch immer durchwachsen“ sei. Aber, man dürfe das Budget nicht isoliert betrachten, sondern müsse die Gesamtheit sehen. Ins Budget seien viele Vorschläge des ÖGB aufgenommen worden. Die „Tiroler Resolution“ wäre fast unter den Tisch gerutscht. Erst nach Urgenz des GLB war sie in den Unterlagen zu finden – eine Rolle spielte sie weder für FSG noch FCG.

Zwei Tage vor Weihnachten stand der Budgetbeschluss mit den Kürzungen

im Familien-, Jugend-, ArbeitnehmerInnen- und PensionistInnenbereich im Nationalrat auf der Tagesordnung. Die großen Fragen, „wie werden sich die ArbeitnehmerInnen-InteressenvertreterInnen verhalten“, „setzen sie ein solidarisches Zeichen für die Interessen ihres zu vertretenden Klientels“ oder „beugen sie sich dem Klub(Partei)-zwang“?

Immerhin mit Csörgits, Neugebauer, Katzian, Haberzettl, Oberhauser usw. sitzen insgesamt über zwanzig mehr oder weniger hochrangige FSG- und FCG-GewerkschafterInnen und AK-RätInnen im Parlament und könnten somit das Budget zum Fall bringen.

Mutige Gewerkschaftsheros

Niemand der angesprochenen KollegInnen zeigte Mumm, niemand stimmte gegen die Belastungen! Speziell „mutige Gewerkschaftsheros“ waren GÖD-Chef Fritz Neugebauer und GPA/djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian: Ersterer „konnte“ als vorsitzführender 2. Nationalratspräsident „traditionell nicht mitstimmen“ und zweiter legte sich für den Tag der Abstimmung eine kleine Augen-OP zu. Übrigens auch bei der Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes wurde der „mutige Wolferl“ nach vorangegangenen Verbalattacken zur Abstimmung nicht gesichtet.

Und trotzdem, noch war alles nicht verloren: Am nächsten Tag stand der Weg des Budgets durch den Bundesrat am Programm. Auch hier ein

ähnliches Szenario: Mit Boden, Grimmling, Kemperle usw. sind im Bundesrat zwölf „unserer KollegInnen“ seitens der Regierungsparteien stimmberechtigt und könnten das Budget zurück zum Start senden. Richtig geraten! Auch hier fand niemand den Mut, gegen die Belastungen zu stimmen.

GewerkschafterInnen und AK-RätInnen im Parlament verbindlich an die Beschlüssen ihrer Interessenvertretung binden? Das geht doch nicht, wird uns „kleinen Gewerkschaftsmitgliedern“ gerne mitgeteilt. Aufgrund des verfassungsmäßig gesicherten Rechts auf die Ausübung des freien Mandats sei das rechtlich eben nicht möglich. Aber beim Klub(Partei)zwang spielt dieses verfassungsrechtliche Argument offensichtlich keine Rolle!

Zornig, auf den ÖGB schei..., austreten? Falsch! Gewerkschaften sind wichtig! Lasse deinen Unmut den gewerkschaftlichen ParlamentarierInnen zukommen. Ihre Email-Adressen findest du im Facebook:

<http://www.facebook.com/pages/Zornige-Gewerkschafter-und-Gewerkschafterinnen/169285849777070>

Josef Stingl ist Koch, BR der Lamerer Stuben in Innsbruck und GLB-Bundesvorsitzender

Solidarität mit „Free the Five“

Von Ursula Lang

Zum sechsten Mal fand heuer die internationale Konferenz „Free the Five“ in Holguin (Kuba) statt.

Bei der ersten Konferenz zur Befreiung der fünf kubanischen Antiterroristen, die seit mehr als zwölf Jahren in den USA in Haft sind, im Jahr 2005 waren 14 Teilnehmer, unter ihnen auch die Mutter von Antonio Guerrero Rodriguez, eine unermüdliche Kämpferin für die Freilassung der fünf.

Freilassung gefordert

2010 kamen 300 Kuba-AktivistInnen aus 56 Nationen zur Konferenz nach Holguin. Prominentester Gast war der Justizminister aus Laos, der in seinem Land der Vorsitzende des Komitees „Free the Five“ ist. Er organisierte heuer in Vientiane eine Kuba-Solidaritätskonferenz mit 200 Delegierten aus 22 Ländern bei der unter anderem das Ende der Blockade, die Frei-

tiger Enthaltung der fünf und aller 8.000 palästinensischen Gefangenen, die in israelischen Gefängnissen inhaftiert sind, auf. Auch vom Teilnehmer aus Sri Lanka wurde über eine große Solidaritätsbewegung für die fünf berichtet. Zu einer Demonstration vor der US-Botschaft kamen 3.000 Menschen. Fernsehen und Presse berichteten ausführlich darüber.

Zuwenig Interesse

In Europa, mit Ausnahme von Spanien und England, ist es schwierig, das Interesse der Leute für den Fall der fünf zu wecken. In der österreichischen Presse gab es Berichte über die weißen Frauen von Havanna oder den Tod eines Häftlings, die allerdings nicht objektiv waren, weil einige wesentliche



* Politiker, Künstler, Personen aus Religionsgemeinschaften und sozialen Bewegungen anzusprechen und sie auf den Fall der fünf aufmerksam zu machen.

* Kontakte zu alternativen Medien aufzunehmen, damit sie darüber berichten

* Soziale Netzwerke wie Twitter, Facebook, Blogs und e-Mails nutzen.

* Aktionen und Veranstaltungen durchführen

US-Doppelmoral

Wir müssen auch auf die Doppelmoral der US-Regierung hinweisen, die behauptet den Terrorismus zu bekämpfen und die gleichzeitig die internationalen Terroristen wie Luis Posada Carriles und Orlando Bosch Avila schützt, die gegen Kuba Anschläge verübten, bei denen hunderte Menschen starben.

Gerardo Hernández Nordelo, Ramón Labanino Salazar, René González Schwerert, Fernando González Llort und Antonio Guerrero Rodriguez waren für den kubanischen Sicherheitsdienst in Miami aktiv und haben dort Terrorpläne der kriminellen exilkubanischen Gruppen aufgedeckt. Dafür wurden sie von der US-Regierung eingesperrt. Die Terroristen dürfen weiterhin als freie Bürger in Miami herumlaufen!

Ursula Lang ist Aktivistin des GLB in Salzburg und in der Kuba-Solidaritätsbewegung aktiv



lassung der fünf und die Schließung von Guantanamo gefordert wurden.

Bewegend war auch der Beitrag eines palästinensischen Delegierten aus dem Libanon, der selbst 17 Jahre als politischer Häftling im Gefängnis war. Er berichtete von einer Solidaritätsveranstaltung für die fünf in Beirut zu der 1.500 Besucher kamen. Am Schluss seiner Rede rief er zur sofor-

Fakten verschwiegen wurden. Der Fall der fünf Kubaner die seit über zwölf Jahren in US-Hochsicherheitsgefängnissen sitzen, interessiert die Berichterstatter der heimischen Medien nicht. Umso wichtiger ist es, den Fall bekannter zu machen!

In der Schlusserklärung der Konferenz wurde unter anderem beschlossen:

„Überschaubarer Ertrag“

Von Leo Furtlehner

Gegen den 1956 im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG) vereinbarten Drittelzuschuss des Bundes zur Pension polemisierte Bernd Marin im „Standard“.

Ihm antwortete umgehend ÖVP-PensionistInnenchef Andreas Khol mit Verweis auf die Paragraphen 79a und 80 des ASVG. Was Marin verschweigt ist, dass der Zuschuss für ASVG-Versicherte ohnehin nur 17 Prozent beträgt, hingegen für Bauern 81, für Selbständige 52 und für Beamte 57 Prozent (wobei bei letzteren auch der Dienstgeberbeitrag des Staates enthalten ist).

Einen kräftigen Einschnitt in die Pensionsfinanzierung des Bundes war die Pensionsreform unter Kanzler Schüssel, bei welcher freilich Khol als damaliger ÖVP-Klubchef kräftig mitbeteiligt war. Ziel war nämlich, den Staat weitgehend aus seiner Verpflichtung zur Pensionsfinanzierung zu entbinden und die Pensionsvorsorge über den Kapitalmarkt zu forcieren.

Ernüchternde Bilanz

Wie das Ergebnis konkret aussieht, zeigen regelmäßig die Berichte über die Zusatzpensionen der zweiten (Firmenpensionen) und dritten (Privatvorsorge) Säule der Pensionsfinanzierung. So dürfen sich zwar 30.000 via Pensionskassen Versicherte für 2010 über eine Erhöhung ihrer Zusatzpension freuen, weitere 30.000 müssen schon froh sein, eine gleichbleibende Zusatzpension zu erhalten, während 6.000 mit einer Kürzung um zwei bis drei Prozent rechnen müssen.

Nicht nur Banken und Versicherungen als Eigentümer der Pensionskassen, sondern auch Experten wie Marin beklagen, dass in Österreich noch immer 90 Prozent der Pensionen durch die Versicherungsbeiträge und Staatszuschüsse finanziert werden. Sie ver-

weisen auf die Schweiz oder die USA, wo nicht einmal die Hälfte der Pensionsfinanzierung aus dem staatlichen System kommt. Dass die waghalsigen Veranlagungen der privaten Pensionsfonds maßgeblicher Auslöser der Finanzkrise war, passt freilich nicht in das heile neoliberale Weltbild.

Nach dem Motto „Und bist Du nicht willig, dann brauche ich Gewalt“ versuchen die Finanzhaie private Vorsorge zu erzwingen. So schwebt ihnen etwa vor, „Anreize“ für Zusatzpensionen in den Kollektivverträgen zu verankern. Ein Vorhaben, das der leitende ÖGB-Sekretär Bernhard Achitz entschieden zurückweist. Aber wie wir unseren ÖGB kennen, ist das sicher nicht „in Stein gemeißelt“.

Misere der Lebensversicherungen

Auf Anordnung der Finanzaufsicht müssen die Lebensversicherungen ab April 2011 den Garantiezinssatz senken. Die darüber hinaus gehende Gewinnbeteiligung ist jedoch von den Launen des Kapitalmarktes abhängig. Für 2011 wird mit einem Bruttoertrag von drei bis 3,5 Prozent gerechnet. Die Versicherungswirtschaft weist vorsorglich darauf hin, dass für die 10,4 Millionen Verträge auch Verwaltungskosten und Provisionen zu beachten sind, sie also kräftig mitschneiden will.

Für die Lebensversicherungen bezeichnete jetzt der Konsumentenschutz den Ertrag als „überschaubar“ und forderte eine Senkung der Kosten für die Fondspolizzen. Laut dem VKI-Versicherungsexperten Walter Hager gehen von 100 einbezahlten Euro 15 bis 20 Prozent in den Versicherungskosten auf, was einen Renditeverlust



von ein bis zwei Prozentpunkten bedeutet.

Zukunftsvorsorge „ausgestoppt“

Rund 1,5 Millionen ÖsterreicherInnen wollen sich ihre spätere Pension über die staatlich geförderte Zukunftsvorsorge aufbessern, die seit 2003 von Banken und Versicherungen angeboten und vom Staat gefördert wird. Von der damals in Aussicht gestellten Zusatzpension ist man freilich weit entfernt, vor allem weil der Gesetzgeber angeordnet hat, dass 30 Prozent in Aktien investiert werden müssen. Mit dem Finanzcrash von 2008 sind die Aktienkurse in den Keller gerasselt. Die Verträge von 100.000 bis 400.000 Menschen wurden daher „ausgestoppt“.

Man kann es also drehen und wenden wie man will: Bei der Pensionsvorsorge über den Kapitalmarkt cashen die Banken und Versicherungen ab, die Versicherten schauen durch die Finger und der Staat putzt sich ab. Am bewährten Umlageverfahren, verbunden mit dem Generationenvertrag, führt also kein Weg vorbei, freilich muss die Pensionsfinanzierung durch eine Wertschöpfungsabgabe der Produktivität und Rationalisierung Rechnung tragen und auf neue Füße gestellt werden.

Leo Furtlehner
ist verantwortlicher Redakteur
der „Arbeit“

Die EU als „Austeritätsunion“

Von Sabine Wils

Öffentliche Ausgaben noch stärker kürzen, indirekte Steuern erhöhen, strikte „Lohndisziplin“, Arbeitsmärkte noch mehr flexibilisieren, das Rentenalter erhöhen und die Märkte noch mehr liberalisieren – das sind die Kernbotschaften des Jahreswachstumsberichts 2011 der Europäischen Kommission.

Mit ihm wird das „Europäische Semester“ eingeleitet. Die EU greift damit in die Haushalts- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten schon ein, bevor diese definitive Beschlüsse gefasst haben. Das ist neu im Vergleich zu den bisherigen EU-Verfahren.

Im März 2011 soll ein EU-Gipfel Beschlüsse über eine „Europäische Wirtschaftsregierung“ fassen. Es geht um die Verschärfung der Defizitverfahren im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts, um ein neues Verfahren zur „Korrektur makro-ökonomischer Ungleichgewichte“ mit Sanktionsmechanismen gegen Mitgliedstaaten mit Leistungsbilanzdefiziten und ungenügender „Wettbewerbsfähigkeit“ ihrer Wirtschaften.

Jacques Delors, der in den 80er und 90er Jahren die „Wirtschaftsregierung“ in die Debatte brachte, wollte damals damit eine „soziale Dimension“ des Binnenmarkts schaffen. Jetzt geht es um das Gegenteil: ein harter Sparkurs in der Haushalts- und Fiskalpolitik soll angeblich „gesunde öffentliche Finanzen“ wieder herstellen, „Strukturreformen“ (der Arbeitsmärkte und sozialen Sicherungssysteme, die vertiefte Liberalisierung der Güter- und Dienstleistungsmärkte usw.) sollen das Wirtschaftswachstum wieder beleben. Dass die Mitgliedstaaten bis 2013 ihre Haushaltsdefizite von häufig über zehn Prozent ihres BIP unter drei Prozent drücken können, glauben wohl auch Kommission und Rat nicht ernsthaft. Die Vorgaben für Irland - von 32 Prozent Haushaltsdefizit in 2010 auf weniger als drei Prozent bis 2015 -

oder für Griechenland (bis 2014) sind angesichts der Schrumpfung an der EU-Peripherie (-4,6 Prozent im dritten Quartal für Griechenland) unrealistisch.

Dies liegt auch an der verordneten Therapie: „Sparen“ bis es quietscht. Das Zurückschneiden öffentlicher Investitionen und Leistungen, Lohnsenkungen und Mehrwertsteuererhöhungen lassen die Nachfrage noch rapider einbrechen. Die wirtschaftliche Erholung gelingt nicht, die Steuereinnahmen gehen weiter zurück. Gegen die neuen Haushaltslöcher muss nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt mit erneuten Kürzungen „angespart“ werden. Die Schulden werden so am Ende nicht abgebaut, die Rezession wird verlängert.

Private Unternehmen und Banken wurden vorm bevorstehenden Krisenkollaps 2008/2009 durch Milliardenhilfen aus Steuermitteln bewahrt. An den daraufhin explodierenden Staatsschulden verdienen nun dieselben Finanzinvestoren, die zuvor vor den Folgen ihrer Fehlspekulationen gerettet wurden. Das gleiche Muster zeigt sich beim „Euro-Rettungsschirm“ von EU, IWF und EZB zunächst für Griechenland und Irland, und künftig für weitere Euro-Länder. Es geht nur um die Absicherung von Anlagen und Krediten der Banken aus „Kern-europa“, die diese anderen Regierungen oder Banken zuvor ausgelobt hatten.

Um diese zu bedienen, werden Lohnabhängige und Rentner wieder geschröpft und verlieren sozialstaatlichen



Schutz und Leistungen – Mindestlohnkürzung (nicht nur in Irland), Schließung von Krankenhäusern, Zwangskürzungen der Gehälter im Öffentlichen Dienst und Personalabbau, weitere Privatisierung der Daseinsvorsorge, Aushebelung von Flächentarifverträgen per Regierungsdekret, Anhebung des Rentenalters usw. Auf der Strecke bleibt dabei fast alles, was Gewerkschaften und politische ArbeiterInnenbewegung in langen Kämpfen errungen und im sozialstaatlichen Kompromiss nach dem Zweiten Weltkrieg teilweise auch institutionell verankern konnten.

Diese Politik wird von EGB-Generalsekretär John Monks frontal angegriffen: „Der EGB wird keine EU-Politik entlang einer Linie unterstützen, noch irgendwelche Vorschläge zur 'Wirtschaftsregierung' oder Änderungen der Verträge, die diese so festzurren - die insgesamt in vieler Hinsicht eher an die Reparationsforderungen des Versailler Vertrags erinnern und die Mitgliedstaaten auf den Status einer Kolonie herabdrücken“. Als Gewerkschafterin und LINKE unterstütze ich diese klare Opposition mit Nachdruck. Nicht nur im Parlament, sondern auch auf der Straße.

Sabine Wils ist Abgeordnete im EU-Parlament (LINKE, Deutschland)

Armut weiter im Vormarsch

Von Lutz Holzinger

Die Verteilungsverhältnisse in unserer Gesellschaft werden immer ungerechter: Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer. An diesem Kalauer hat auch 2010 als EU-Jahr des Kampfes gegen Armut und Ausgrenzung nichts geändert.

Was seinerzeit als Auftakt-Rakete im Jahr des Kampfes gegen die Armut gedacht war, erwies sich als Rohrkreierer. Die Mindestsicherung kam verspätet und auf erbärmlichem Niveau. Seit dem Jahreswechsel wird sie in praktisch allen Bundesländern als bedarfsgeprüfte bundeseinheitliche Leistung (statt der von Bundesland zu Bundesland differenzierten Sozialhilfe) ausbezahlt. Ihr Niveau wurde an die Ausgleichzulage für MindestpensionistInnen angepasst. Im Unterschied zur Pension wird die Mindestsicherung jedoch nicht 14-mal sondern nur 12-mal „gewährt“. Beim Start am 1. September des Vorjahres in Wien betrug die Mindestsicherung 744 Euro.

Ein Schritt vor, zwei zurück

Als zusätzliche Errungenschaft wurde vom Sozialministerium die weitgehende Abschaffung des Regresses angeführt. D. h. der Verzicht auf die Rückzahlung der ausbezahlten Beträge, sobald der oder die Betroffene der Armutsfalle entkommen ist, bzw. auf die Unterhaltspflicht der unmittelbaren Angehörigen. Genau diesen Rückgriff auf die Angehörigen, der in der vergangenen Legislaturperiode unter massiver Mitwirkung der KPÖ vom steirischen Landtag abgeschafft wurde, plant die Landesregierung in Graz wegen leerer Kassen. Unterm Strich kommen Sozialfälle in der Steiermark nach Einführung der „Errungenschaft“ Mindestsicherung schlechter weg als vorher. Die Unterstützung wird statt wie vorher 14 nur mehr 12 Mal ausbezahlt, sofern nicht überhaupt Eltern für ihre Kinder oder Kinder für ihre

Eltern ab einem Nettoeinkommen von mehr als 1.500 Euro im Monat blechen müssen.

Obwohl die Armutszahlen der Statistik Austria zwangsläufig hinter der aktuellen Entwicklung herhinken, kann man schon jetzt ruhigen Gewissens sagen, dass die Zahl der armutsgefährdeten oder manifest armen Menschen von bisher rund einer Million nicht geringer geworden ist, sondern höchst wahrscheinlich gestiegen ist. Schon längst ist Armut nicht mehr nur ein Indikator für Langzeitarbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit. Immer mehr Menschen erhalten sogenannte Ergänzungsleistungen aus der Sozialhilfe, weil ihre Einkommen aus prekären Beschäftigungsverhältnissen unter den Richtsätzen für die Sozialhilfe liegen.

Unterstützung prinzipiell unter Armutsgrenze

Der eigentliche Skandal in puncto Armutsbekämpfung durch den österreichischen Staat besteht jedoch darin, dass er die Unterstützungsleistungen sowohl in der Sozialversicherung als auch in der Sozialhilfe für Menschen, die aus der Beschäftigung geschleudert werden und/oder arbeitsunfähig sind, von vornherein deutlich unter der Armutsgrenze ansetzt.

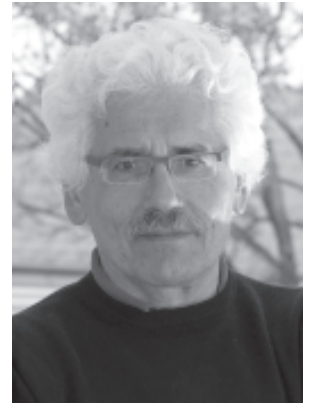
Sie wird durch den Betrag (von derzeit 994 Euro) definiert, bis zu dem Einkommen gerichtlich gepfändet werden dürfen. Arbeiter und Angestellte mit durchschnittlichem Einkommen geraten bei Arbeitslosigkeit aufgrund der Ersatzrate von lediglich 55

Prozent des Nettoaktivbezugs nahezu zwangsläufig in die Armutsfalle. Ganz zu schweigen von denjenigen, die von der Ausgleichzulage oder der Mindestsicherung leben müssen. Daher ist es weiter kein Wunder, dass vor allem Pensionistinnen, Alleinerzieherinnen und Ehepaare mit mehreren Kindern statistisch als akut armutsgefährdet ausgewiesen werden.

Eine besondere Gefahr für die Werk-tätigen lauert darin, dass die Normalarbeit zunehmend ausgehebelt und durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse ersetzt wird. Diese unter dem Etikett Flexibilität vorgetragene Offensive der Unternehmer drängt immer mehr Menschen – insbesondere Frauen – in Teilzeit, Arbeit auf Abruf, Leiharbeit, Werkvertrag und ähnliche unzureichende Arbeitsverträge.

In einer Gesellschaft, die immer reicher wird, aber immer weniger Vollarbeitsplätze zur Verfügung stellt, müssen gerade die Gewerkschaften sich mit dem Thema des bedingungslosen Grundeinkommens vertraut machen. Immer mehr engagierten ZeitgenossInnen erscheint diese Forderung als Chance, hier und jetzt für eine positive Veränderung der Arbeitsbedingungen zu sorgen.

Lutz Holzinger
ist Journalist in Wien



Unternehmen am Pranger

Zum dritten Mal gab die öö Arbeiterkammer Ende 2010 ein „Schwarzbuch Arbeitswelt“ heraus. Wie schon 2006 und 2008 wird dokumentiert, wie manche Unternehmen in Oberösterreich oft systematisch elementare arbeitsrechtliche Ansprüche missachten und ihr Personal um enorme Summen „schießen“.

Auch 2010 hat die AK wieder eine Liste der „Top Ten“ der ärgsten Unternehmen aufgelistet. Es waren dies die Spedition Stadler (Peuerbach), Jowiland Catering (Goldwörth), Weyland Logistik (Sankt Florian am Inn), SGZ Nussbaumüller (Wolfers), Evisa Verputztechnik (Engerwitzdorf), LL-Logistik (Thalgau), Hogo (Krenglbach), die Reinigungsfirma Liman (Wels), die Fa. Hofmann (Linz) und die P.B.S. Job-Service Personalbereitstellung mit Sitz in Wien.

Es ist schon Ritual, dass die Wirtschaftskammer beim Erscheinen des „Schwarzbuches“ aufheult und gegen die „Diffamierung der Wirtschaft“ protestiert. Dabei betont die AK, dass es ihr nicht um Pauschalurteile geht und sie keineswegs alle Unternehmen als Rechtsbrecher darstellen will, aber angesichts der Fakten nicht mehr nur von einigen „schwarzen Schafen“ die Rede sein kann.

Vielmehr müsste auch die WKO das Aufzeigen von Arbeitsrechtsverletzungen begrüßen, da diese zu Wettbewerbsverzerrungen und damit zu Nachteilen für alle korrekt handelnden Unternehmen führen.

Neben den „Top Ten“ zeigen 61 Fälle massiver Rechtsverletzungen die volle Brutalität in der Leasingbranche, wo Arbeitskräfte bei Krisen als erste ge-

feuert werden. Laut AK ist in der Wirtschaftskrise die Gangart der Unternehmen härter geworden und werden die Rechte der Beschäftigten häufiger ignoriert.

Allein 2010 haben die ArbeitsrechtsexpertInnen der AK Oberösterreich rund 235.000 Beratungen, vorwiegend zu Lohn- und Gehaltsfragen sowie Beendigung von Dienstverhältnissen, geleistet. Dabei stechen die Probleme in den Branchen Arbeitskräfteüberlassung, Gastronomie, Transport, Reinigung und Bauwirtschaft hervor. In 18.500 Fällen vertrat die AK ihre Mitglieder kostenlos, um Ansprüche auch gerichtlich durchzusetzen und erkämpfte dabei 107 Millionen Euro.

Das „Schwarzbuch Arbeitswelt“ 2010 gibt es als PDF unter www.arbeiterkammer.com oder bei office@glb.at.

Schöne neue Westbahnwelt

Von Werner Beier

Mit Winterfahrplanwechsel 2011 will die neue Westbahn AG auf der profitablen Strecke Wien – Salzburg mit attraktiven Angeboten Furore machen. Im Zeichen der europäischen Eisenbahnliberalisierung ist es nun auch für Privatunternehmen möglich, den staatlichen Eisenbahnen die wenigen Rosinen aus dem Verkehrskuchen zu picken.

Neben dem Rattenschwanz an Folgen, die der sehr wahrscheinliche bedeutende Umsatzverlust für die ÖBB mitbringen wird, interessieren besonders die Lohn- und Arbeitsbedingungen in diesem Unternehmen. Wir befürchten das Allerschlimmste und das ist die eine Seite der Medaille.

Die andere Seite besteht aus der typischen österreichischen Melange aus Neoliberalismus, Seilschaften und politischem Bauerntheater: Hier ist einerseits der staatliche französische Eisenbahnmonopolist SNCF als mächtiger Shareholder auf Einkaufstour in Österreich. Andererseits wirkt auch der durch politisches Köpferollen entfernte Stefan Wehinger als Mit-

eigentümer der Westbahn AG.

Noch vor den üblichen fetten Abfertigungen, Konsulentenverträgen und anderen „Schmerzengeldern“ hat Wehinger als Direktor des ÖBB-Personenverkehrs eine millionenschwere Studie in Auftrag gegeben. Bezeichnendes Thema und aus der ÖBB-Kassa bezahlt: „Was muss ein Mitbewerber der ÖBB machen, um besonders erfolgreich zu sein?“ Also praktisch anwendbar und Konkurrenzierungsklauseln gibt es ohnehin nur für das dumme Arbeitsvolk!

Über all dem thront die liberale Lichtgestalt des weithin bewunderten Bauunternehmers Hans-Peter Haselstei-

ner. Als Urgestein des Liberalen Forums immer schlau genug, um für nützliche politische Nahverhältnisse zu sorgen und jetzt gelingt sogar der Doppeleffekt: Zuerst mit der STRABAG den Zuschlag für Bauprojekte im Bahnnetz bekommen und dann mit der eigenen Westbahn AG darauf fahren und doppelt abkassieren. Das sind eben auch die Unternehmen, wo sich gestandene Sozialdemokraten zuhause fühlen wie Spezi und Ex-Kanzler SPÖ-Gusenbauer, nunmehr an STRABAG-Bord.

Wir aber werden den Nutzen, die Auswirkungen und Kosten dieses Wettbewerbes auf Schienen für die Allgemeinheit und Bediensteten genau im Auge behalten. Sozialistisch eben.

Werner Beier ist Stellvertretender GLB-Bundesvorsitzender

Privatkonkurs in Österreich?

Von Marco Fegerl

Mitte dieses Jahres ist in Österreich das Insolvenzrechtsänderungsgesetz in Kraft getreten. Ziel dieser Novelle war es, überschuldete Unternehmer zu einer zeitlich früheren Antragstellung zu motivieren. Unternehmer sollten nun nicht mehr warten und hoffen, sondern frühzeitig selbst einen Antrag auf Ausgleich oder Konkurs stellen.

Man änderte Begriffe wie Ausgleich und Konkurs in Sanierung, übergab dem Unternehmer unter bestimmten Voraussetzungen die Eigenverwaltung und beschränkte die Kündigungsmöglichkeiten von Verträgen durch die Gläubiger. Selbst die Konkursordnung wurde in Insolvenzordnung umbenannt, um dem Schuldner ein besseres Gefühl bei der Antragstellung zu geben. Konkurs wäre doch kein anreizendes Wort für einen Schuldner.

All dies wurde ohne weiteres für Unternehmer getan, um den Erhalt der bestehenden Unternehmen so weit als möglich zu unterstützen.

Interessanter Weise findet sich in der genannten Novelle keine Änderung für Privatkonkurse, obwohl gerade hier großer Bedarf an einer positiven Reform besteht. Man müsste dafür bei weitem das Rad nicht neu erfinden, wie man es teilweise für Unternehmer getan hat. Für eine Besserung in diesem Bereich reicht ein Blick nach England. Dort dauert ein Privatkonkurs grundsätzlich nicht länger als 12 Monate. Es gibt keine Mindestquote und daher ist eine Restschuldbefreiung im Vergleich sehr einfach zu erreichen.

In Österreich muss vorerst ein außergerichtlicher Vergleichsversuch stattfinden, sofern dies nicht ohnehin aussichtslos ist. Durch die gewöhnlich größere Anzahl an Gläubigern, kann ein solcher Versuch ohne weiteres mehrere Monate dauern.

Danach kann ein Antrag beim Bezirksgericht eingebracht werden. Das

Verfahren dauert grundsätzlich sieben Jahre und erfordert eine Mindestquote von zehn Prozent der offenen Verbindlichkeiten. Dies bedeutet für den Schuldner für etwa acht Jahre ein Leben in Armut. Darüber hinaus will kaum ein Unternehmer einem tief verschuldeten Menschen Arbeit geben. Als möglichen Anreiz kann der Schuldner seine Arbeitsleitung nur noch zum Kollektivvertrag anbieten.

Verliert er dann seinen Job ist für gewöhnlich der gesamte Privatkonkurs gescheitert. Sollte zu diesem Zeitpunkt bereits das Abschöpfungsverfahren laufen, so darf ein neuerlicher Antrag auf Privatkonkurs erst nach Ablauf von 20 Jahren gestellt werden. Für diese Zeit lebt der Schuldner mit dem Existenzminimum. Sollte es dann noch unterhaltsberechtigter Kinder geben, so verfügt er überhaupt nur noch über 75% seines Existenzminimums. Dies bedeutet für viele Menschen, in diesem Fall meist Männer, Obdachlosigkeit und volle soziale Ausgrenzung.

Während diese Menschen kaum mehr eine Chance auf Rückkehr in das System haben, bieten Unternehmen spezielle Dienstleistungen für ausreichend vermögende Schuldner an. Der wohlhabende Schuldner erhält nicht nur eine Anleitung für einen schnellen Konkurs in England. Es wird für ihn geplant und er wird begleitet. Anwälte leiten alles für ihn in die Wege.

Die Existenz solcher Unternehmen zeigt nicht nur die Schieflage in diesem Rechtsbereich. Es zeigt auch, dass sich ein konkursreifer Schuldner mit ausrei-

chendem Kapital viel einfacher seiner Schulden entledigen kann, als dies ein „gewöhnlicher“ Schuldner jemals könnte.

Eine deutliche Reduktion der Verfahrensdauer auf zwölf Monate und die Aufhebung der Mindestquoten wären die wichtigsten Änderungen. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Oder besser, sie sollte es zumindest sein!

Marco Fegerl
ist GLB-Aktivist in
Niederösterreich



GLB-Folder

Zu mittlerweile fünf Themen (Was will der GLB?, Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung, Steuerpolitik, Wertschöpfungsabgabe) gibt es Folder des GLB im Format A4 (Wickelfalz), die für Veranstaltungen, Infostände etc. verwendet werden können.

Bestellungen

GLB-ÖGB,
Helga Pruckmoser,
Telefon +43 (1) 53 444-308
Mail helga.pruckmoser@oegb.at.

Filmtipp: Vielleicht in einem anderen Leben

April 1945: In diesen letzten Tagen des Krieges lagert eine Gruppe von zwanzig ungarischen Juden auf ihrem Todesmarsch Richtung KZ Mauthausen in einem Heustadel am Rande eines kleinen Dorfes. Der Weitemarsch verzögert sich, da die Befehlskette der SS reißt. In dieser Situation beschließt der Häftling Lou Gandorf, ein Opernsänger aus Budapest, seine LeidensgenossInnen zu überreden, die Operette „Wiener Blut“ für eine private Vorstellung im Stadel einzustudieren. Er will das Mitgefühl der Bäuerin Traudl Fasching

rühren, deren Mann Stefan der Stadel gehört, in dem die Häftlinge lagern. Für das Ehepaar Fasching wird die Begegnung mit den zum Tode Geweihten zu einer neuen Chance für ihre zerrüttete Ehe. „In den vier Tagen, in denen die Geschichte spielt, wird über das Schicksal aller Beteiligten neu verhandelt. Wie immer in Krisenzeiten geht es darum, auf welche Seite man sich stellt, solange man diese Entscheidung noch selbst treffen kann.“ (Elisabeth Scharang, Regisseurin)
Derzeit in den Kinos



Linke Tanz'
BALL
A-Live
Tanzmusik, die bewegt

Freitag, 11. März 2011

Einlass: 19.30 Uhr
Beginn: 20.30 Uhr

Schutzhaus „Zur Zukunft“
15., Auf der Schmelz
Eingang Stutterheimgasse

Vorverkauf und Tischreservierungen:
KPO Wien, wien@kpo.at, Tel.: 214 45 50
Mieter Selbsthilfe Zentrum, Tel.: 480 88 33
oder: mieterselbsthilfe@kpo.at
weitere Vorverkaufsstellen:
Kulturzentrum 7STERN, 7., Siebensterng. 31
Cafe Singvögel, 9., Liechtensteinstr. 109

Karten im Vorverkauf 14 Euro
an der Abendkasse 17 Euro

Arbeitnehmerveranlagung nützen!

Mit Antrag beim zuständigen Finanzamt oder Online können sich Unselbständige über die Arbeitnehmerveranlagung (früher Jahresausgleich) durchschnittlich 200 Euro Steuern zurückholen.

Geldend gemacht werden können bis zu fünf Jahre rückwirkend etwa Absetzbeträge für Unterhaltsleistungen, Nachkauf von Versicherungszeiten, freiwillige Personenversicherungen, Schaffung von Wohnraum, Kirchenbeiträge oder Breitband-Internetzugänge. Als Werbungskosten werden Spitals-, Kur- oder Begräbniskosten, Kosten für auswärtige Berufsausbildung von Kindern und erhöhte Kosten wegen Behinderung anerkannt.

Alle Beschäftigten, die keine Lohnsteuer zahlen, erhalten auf Antrag eine Steuergutschrift als „Negativsteuer“ bis zu 110 Euro.

Seit 1.1.2009 können einige Spenden abgesetzt werden. Die Liste der begünstigten Spendenempfänger gibt es unter www.bmf.gv.at.

Infos dazu:

Finanzministerium:

https://www.bmf.gv.at/Steuern/TippsfrdieArbeitneh_7636/_start.htm

Arbeiterkammer:

<http://www.arbeiterkammer.com/online/lohnsteuerausgleich-19718.html>

ABER: WENN WIR MÄNNER
DEN JOB VERLIEREN, SIND WIR
EINFACH ARBEITSLOS. IHR HABT
DANN IMMER NOCH EURE HAUSARBEIT!



© Karl Berger

GLB – Aktiv gegen die Zerschlagung der Post!

ÖFFENTLICHES MEDIUM

Dieses Medium liest der
„OBSERVER“
Österreichs größter Medienbeobachter